

Julia Schwanholz

Thiele, Alexander (Hrsg.) (2019). *Legitimität in unsicheren Zeiten. Der demokratische Verfassungsstaat in der Krise?* Mohr Siebeck, 225 Seiten. ISBN: 9783161557675.

Abstract

Alexander Thiele's anthology on *Legitimacy in uncertain times* deals with the question of whether we are in a "general and serious crisis of legitimacy in the (western) democratic state" (Thiele, 2019, S. 3). Answers are provided on the theoretical foundations of legitimacy – from a historical, legal and economic perspective –, and on the foundation of empirical findings and solutions. The book offers readers interdisciplinary insights into the research of legal, economic and social scientists with the aim of sensitizing for the strengths and weaknesses of democracy.

„Wahlen allein“, so sagte es einmal der ehemalige US-Präsident Barack Obama, „machen noch keine Demokratie“. Eine Legitimation durch Wahlen ist demnach notwendig, aber nicht hinreichend für die Demokratie. Ansonsten wären zahlreiche Autokratien auch demokratisch. Und wenn von einer Krise der Demokratie die Rede ist, so geht es demnach um mehr als nur die sinkende Wahlbeteiligung: Soziale Ungleichheit, Vertrauensverluste in Rechtsstaatlichkeit, Rechtspopulismus u. a. m. Die Erzählung von der Krise der Demokratie ist in diesem Kontext so alt wie die Regierungsform selbst. In der Bundesrepublik, das belegen politikwissenschaftliche Studien, ist die Demokratie gewiss nicht perfekt, aber seit Jahrzehnten überaus robust und stabil.

Diese Einschätzung wird im Sammelband *„Legitimität in unsicheren Zeiten“* von Alexander Thiele hinterfragt. In der Einführung wirft er die Frage auf, ob wir uns in einer „allgemeinen und ernsthaften Legitimitätskrise des (westlichen) demokratischen Verfassungsstaates“ befinden (Thiele, 2019, S. 3). Legitimität ist für Thiele in Abgrenzung zu Legitimation (= demokratische Rückbindung) und Legalität (= rechtliche Bindung) die soziale Anerkennung einer bestehenden Herrschaftsform (Thiele, 2019, S. 4). Der Herausgeber blickt damit nicht singulär auf Wahlen, sondern in einem weiteren Radius auf die Unterstützung und das Vertrauen der Bürger¹ in die für sie geltende Herrschaftsform.

Angetrieben von einigen negativen Zustandsbeschreibungen weltweiter Demokratien – es finden sich dazu Beispiele für etablierte Demokratien wie die USA, Italien, die Niederlande und Österreich, auch für postsozialistische wie Polen und Ungarn oder für fragile Demokratien wie Tunesien, Afghanistan, Libyen, Ukraine und Syrien oder

sogenannte demokratische Hoffnungsträger wie die Türkei und Russland sowie noch einige andere wie Indien, Südafrika und Brasilien – und geleitet von der Beobachtung, dass Rechtspopulismus mehr und mehr um sich greift, bringt Thiele seine Sorge um unsere Demokratie in der Einführung zum Ausdruck. Das erklärte Ziel des Bandes ist es dann auch, Wachsamkeit zu erzeugen, Krisensymptome zu identifizieren und legitimistische Stellschrauben neu zu justieren (Thiele, 2019, S. 18).

Zwar bestimmt der Herausgeber nur ungefähr, was er unter Demokratie versteht und was eigentlich eine Krise markiert bzw. wann diese als „*allgemein*“ und/oder „*ernsthaft*“, wie er schreibt, gelten kann. Er bietet seiner Leserschaft aber eine Positiv-Definition zur Ausgestaltung „denationalisierter demokratischer Verfassungsstaaten“ an. So kann er zeigen, worin Legitimitätschancen wurzeln (Thiele, 2019, S. 6), nämlich in einer Trias aus demokratischer Teilhabe an und der Begrenzung von Staatsgewalt sowie einer angemessenen Leistungsfähigkeit des Staates.

An dieser Trias arbeiten sich die interdisziplinären Kapitel des Buches in drei Teilen ab. Nach einem ersten Abschnitt (Teil 1) zu den theoretischen Grundlagen von Legitimität – aus historischer, rechtswissenschaftlicher und ökonomischer Perspektive – folgen zwei Abschnitte mit je drei Kapiteln zu empirischen Befunden (Teil 2) und Möglichkeiten der Abhilfe (demokratischer Schwächen) (Teil 3). Die Leserschaft erhält dazu Einsichten in die Forschungsarbeiten von Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern (letztere vor allem mit politikwissenschaftlicher und soziologischer Handschrift).

Die theoretischen Kapitel von Walter Reese-Schäfer und Friederike Wapler klären einesteils die ideengeschichtlichen Wurzeln von Legitimität und schärfen andernteils das Konzeptverständnis der Legitimitätskrise. Das dritte Theoriekapitel zur Rolle ökonomischer Wissenschaft in der Demokratie fällt etwas aus dem Rahmen der sonstigen Beiträge. Dabei unterstreicht Achim Trugers Plädoyer für eine demokratische Streitkultur die grundsätzliche Idee des Buches, eine lebendige und dauerhafte Debatte über Demokratie anzustoßen.

Woran dies in der Realität scheitern kann oder es bereits teilweise tut, zeigen die empirischen Befunde der Kapitel im zweiten Teil zu politischer Partizipation (in Wahlen oder Parteien) und sozialer Ungleichheit auf. Michael Kaeding untersucht politische Gleichheit und findet folgenden Zusammenhang: Je schlechter der sozioökonomische Status einer Person desto geringer sein Partizipationsverhalten und desto geringer schließlich auch die Legitimationskraft von Wahlen. Da Legitimität über Legitimation entsteht, nimmt am Ende auch diese ab. Die damit verbundene Frage nach der Bedeutung der Mittelschicht greift Cornelia Koppetsch im Kapitel über soziale Ungleichheit auf. Einen Glauben an die heilenden Kräfte des Marktes und Wohlstand für alle gibt es spätestens seit der vollständigen Internationalisierung des globalen Wettbewerbs nicht mehr. Die einfache Formel lautet: Reiche werden immer reicher und Arme immer ärmer. Von einer schmelzenden Mittelschicht profitieren laut Koppetsch am Ende vor allem (Rechts-)Populisten mit ihren unlauteren Versprechen. Auch Julian Krüper kommt in seinem Kapitel über politische Parteien zu keiner optimistischen Einschätzung und beschreibt deren Scheitern an sich selbst als eine logische Konsequenz organisationaler, funktionaler und systemischer Überforderungen.

Dass Legitimität trotz schwieriger Befunde in unsicheren Zeiten möglich ist, wird im dritten Teil aufgezeigt. Die Beiträge nehmen alternative Formen politischer Partizipation (Bürgerbeteiligung) in den Blick und schlagen Reformansätze für bestehende

(soziale) Systeme und Verhältnisse vor. Daniela Schweigler diskutiert Wege einer Neuordnung der sozialen Sicherung auf Basis der Beobachtung sich verändernder Lebensverhältnisse (bspw. Erwerbsverläufe). Mehr Akzeptanz sei am Ende nur zu erreichen, wenn die Regeln in der Wirtschafts- und Arbeitswelt auch den Bedürfnissen der Menschen angepasst würden.

Eine Ergänzung repräsentativ-demokratischer Elemente durch Bürgerbeteiligung wird seit einigen Jahren als Allheilmittel von Partizipationsbefürwortern erachtet. Daniel Oppold und Patrizia Nanz erklären dies in ihrem Kapitel und zeigen auf, welchen Stellenwert im Vergleich zu direkter Demokratie dialogorientierte Teilnahmeverfahren haben. Aus Sicht der Autoren ist es dringend wünschenswert, die repräsentative Demokratie um dialogorientierte Partizipationsangebote zu ergänzen, weil darüber Verfahren qualitativ zu verbessern und Legitimität zu erhöhen sind. Ob dies in der Realität umzusetzen ist, hinterfragen Simon Fink und Eva Ruffing im letzten Beitrag des Bandes am Beispiel von Stromnetzen. Sie überprüfen, ob sich eine additive Legitimationswirkung entfaltet, wenn Teilnahmeverfahren und Entscheidungsarenen miteinander gekoppelt werden und also sowohl die Öffentlichkeit beteiligt wird als auch herkömmliche repräsentativ-demokratische Prozesse stattfinden. Die Antwort der Autoren fällt differenziert aus, weil politische Fragen und Mitbestimmungsszenarien stets hochkomplex sind und aufgrund dessen unter Umständen das Gegenteil von mehr Legitimität, nämlich eine Überforderung und Enttäuschung, bei den Bürgern auslösen.

Welche Erkenntnisse stellen sich nach der Lektüre des Bandes ein? Die Leserschaft kann einiges über das Konzept der Legitimität, deren Herausforderung für die Demokratie und Auswege (so etwa alternative Formen der Partizipation) lernen. Mit der Kapitelsammlung hat Alexander Thiele – und darin liegt sein großer Verdienst – wertvolle Einsichten und interessante Befunde zu der überaus aktuellen und wichtigen Frage nach Legitimität in unsicheren Zeiten zusammengetragen.

Was dem Sammelband fehlt, ist eine abgewogene Krisendiagnostik: Denn die einschlägige Literatur stellt sich gegen negative Pauschalurteile. Dort werden eher Vertrauensverluste in einzelne politische Institutionen oder gegenüber der politischen Elite anstatt einer ausgewachsenen Demokratiekrise konstatiert (Merkel, 2015; Pickel, 2013; van Ham, Thomassen, Aarts & Andeweg, 2017). Die einzelnen Kapitel des Bandes sprechen – trotz thematischer Verwandtschaft – nicht zueinander (es gibt keine Querverweise) und auch der Wert und Nutzen von Interdisziplinarität wird nirgendwo ausgeführt. Ein geeigneter Ort hierfür wäre ein Fazit gewesen, um auch die Frage des Bandes nach der demokratischen Legitimitätskrise in Hinblick auf die Trias seiner Einführung hinlänglich zu beantworten. Die Frage, wie es denn nun um unsere Demokratie aktuell steht, bleibt am Ende offen. Dies lädt wiederum dazu ein, über die Stärken und Schwächen von Demokratien ins Gespräch zu kommen; und genau das war ja auch die zentrale Intention des Herausgebers.

Anmerkung

- 1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden ausschließlich die männliche Sprachform verwendet. Gleichwohl sind alle Geschlechter gleichermaßen gemeint.

Literatur

- Merkel, Wolfgang (2015). Schluss. Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?. In Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise* (S. 473-498), Wiesbaden.
- Pickel, Susanne (2013). Politische Kultur, Systemvertrauen und Demokratiezufriedenheit. Wann fühlen sich die Bürger gut regiert?. In Karl-Rudolf Korte & Timo Grunden (Hrsg.), *Handbuch Regierungsforschung* (S. 161-174), Wiesbaden.
- van Ham, Carolien, Thomassen, Jacques, Aarts, Kees & Andeweg, Rudy (2017). *Myth and Reality of the Legitimacy Crisis: Explaining Trends and Cross-National Differences in Established Democracies*. Oxford.

Anschrift der Autorin:

Dr. Julia Schwanholz, Professur für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft (i. V.), NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Lotharstraße 53, 47057 Duisburg, E-Mail: julia.schwanholz@uni-due.de.